

Leserbrief

Weg mit dem anti-demokratischen Gesetz gegen Friedensgruppen und Menschenrechtsorganisationen

Die Mehrheit der Knesset (israelisches Parlament) hat ein Gesetz gegen Friedensorganisationen und Menschenrechtsgruppen gebilligt. Organisationen, die mehr als die Hälfte ihrer Gelder aus offiziellen ausländischen Quellen beziehen, sind fortan gefordert, diese Tatsache in jeder öffentlichen Kommunikation – in Presse, TV, Mitteilungen und online – aufzuführen sowie im Verkehr mit parlamentarischen Kommissionen in gemeinsamen Sitzungen darauf hinzuweisen. Das neue Gesetz ist eine Machtdemonstration der nationalistischen Rechten und bringt in Wirklichkeit keine zusätzliche Transparenz. Denn schon heute wird auf den Websites der Organisationen die Herkunft der finanziellen Mittel genannt.

Viele Friedens- und Menschenrechts-NGOs werden von Programmen der EU oder anderen Staaten unterstützt, die damit Völkerrecht und Menschenrecht in der Region fördern. Siedler und pro-Siedler-Organisationen hingegen werden nicht von Regierungen unterstützt, weil sie Völkerrecht missachten. Sie erhalten Millionen von Dollars von rechten Privatpersonen oder privaten Organisationen aus dem Ausland. Darüber müssen sie keine Rechenschaft ablegen. Das NGO-Gesetz ist nur eines von vielen Gesetzen, mit denen die Demokratie in Israel vollends ausgehebelt werden soll. Ziel ist, die Rede von Besatzung zu delegitimieren. Die NGO „Peace Now“ wird in dieser Sache den Obersten Gerichtshof in Israel anrufen und weiter gegen die antidemokratische Kampagne der Regierungskoalition kämpfen. Als Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina, JVJP.ch solidarisieren wir uns mit diesem Kampf.

Zürich 14.7.16; Shelley Berlowitz, Sibylle Elam, Guy Bollag